

Zeitungsspiegel

Herausgegeben vom Evangelischen
Presbyterverband für Rheinland

Essen, Driffter Dagen 23, Schließfach 689, Fernruf Essen 24344 und 24345, Postcheckkonto Essen 3417

Herausgegeben: Montag, 19. Juni 1933

Nr. 64.

Vertraulich!

I. Von den "Deutschen Christen".

=====

"Rheinische Korrespondenz" vom 19.6.1933

a) Schwerster Zusammenstoß der evangelischen Kirche Rheinlands mit den "Deutschen Christen".

Berlin, 19.6.1933. Der "Kirchliche Aufklärungsdienst" meldet: Eine Veröffentlichung des "Sonntagsboten der Deutschen Christen im Kirchenkreis Köln" über die evangelischen Pfarrer des Saargebietes hat zu einem ernsten Zusammenstoß der rheinischen evangelischen Kirche mit den "Deutschen Christen" geführt. In dieser Veröffentlichung wird den saarländischen Pfarrern unterstellt, daß sie sich zur Bekämpfung der "Deutschen Christen" im Saargebiet hinter die Saarregierung und die Franzosen gesteckt hätten. Sie werden als "vaterlandslose Gesellen", und "saubere Seelsorger" bezeichnet, von denen einige nach der Abstimmung im Jahre 1935 eine Tracht Prügel erhalten werden usw..- Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß diese ganze Meldung eine große Lüge darstellt. Die vaterländische Gesinnung der evangelischen Pfarrer des Saargebietes ist über jeden Zweifel erhaben. Gerade sie haben in schweren Jahren ihre deutsche Haltung mit allerpersönlichsten Opfern, so durch ihren Kampf gegen die französische Frankenwährung, bewiesen. Gegen den Verfasser vorgenannter Verleumdung, den Gaulleiter der "Deutschen Christen" in Köln, Lauterbach, hat das rheinische Konsistorium Strafantrag gestellt. Die Pfarrer der Kreissynode Saarbrücken haben sich geschlossen mit den besonders angegriffenen Pfarrern ihrer Synode solidarisch erklärt und den ganzen Angriff auf das schärfste zurückgewiesen. Saarländische Stellen haben sich an das Auswärtige Amt gewandt, um die Zerstörung der saarländischen Einheitsfront durch Landfremde im Keime zu ersticken.

"Kölnische Zeitung" Nr. 326 vom 19.6.1933

b) Der Kampf der "Deutschen Christen".

Berlin, 18. Juni. Die Glaubensbewegung "Deutsche Christen", Kreis Berlin, veranstaltete gestern abend einen Aufmarsch im Osten Berlins, um, wie es in der Ankündigung hieß, den Kampf gegen die Be-nennung Bodelschwings zum Reichsbischof der evangelischen Landeskirche einzuleiten. Mehrere tausend Personen, darunter größere S.A.-Züge, Hitlerjugend und Betriebszellenorganisationen nahmen an der Kundgebung teil. Wehrkreispfarrer Müller betonte in seiner Ansprache, die Glaubensbewegung "Deutsche Christen" wolle nicht die Politik in die Kirche hineinbringen.

64/2

Es müsse aber daran erinnert werden, daß die Nationalsozialisten es gewesen sein, die vierzehn Jahre lang gegen diejenigen kämpften, die Volk und Kirche zersetzen wollten. Sie hätten darum das Recht und die Pflicht, in der Kirche des neuen deutschen Volkes einen entscheidenden Einfluß zu gewinnen, damit das neue Gemeinschaftsgefühl und die neue Volkskameradschaft auch seelisch untermauert würden.

Der Reichspropagandaleiter, Pfarrer Kessel, erklärte, der zukünftige Reichsbischof habe so große Aufgaben zu lösen, daß er des allertiefsten Vertrauens der obersten Führerstellen bedürfe. Bodelschwingh sei aber ohne Rücksichtnahme auf die obersten Reichsstellen und auf das Kirchenvolk kurzerhand von drei Männern benannt worden. Die "Deutschen Christen" seien die stärkste Gruppe des Kirchenvolks und beanspruchten die Führung. Pfarrer Kessel richtete an D. von Bodelschwingh die herzliche Bitte, um des Kirchenvolks und um der Kirche willen diesem unseligen Kampf ein Ende zu machen. Wir möchten, erklärte er, schon aus diesem Grunde bitten, daß Bodelschwingh sich von seinem Posten zurückzieht, weil in unserer Hand sich Schriftstücke befinden, die darauf hindeuten, daß Bodelschwingh sich in den Geist des neuen Deutschlands noch nicht hat hineinleben können. Wir sind zu jedem Frieden bereit. Wir sind aber auch bereit, mit nationalsozialistischer Zähigkeit, wenn es sein muß, den Kampf bis zu Ende zu führen.

Am Schluß der Kundgebung wurde eine EntschlieÙung angenommen, in der die Entscheidung der Kirchenführer in der Reichsbischofsfrage entschieden abgelehnt wird, weil diese Führer kirchen- und volksfremd seien, im Volk keine geistige Verwandtschaft besäÙen und weil Bodelschwingh weder das Vertrauen noch die Kirche voll hinter sich habe. Reichspräsident und Reichskanzler, an die die EntschlieÙung telegraphisch übermittelt wurde, werden um Maßnahmen gebeten, damit das ganze evangelische Volk in dieser obersten Führerfrage in Übereinstimmung mit dem Volkskanzler Adolf Hitler selbst entscheide.

Am 27. Juni sollen in Groß-Berlin 19 Massenkundgebungen veranstaltet werden, die sich gegen die Ernennung Bodelschwinghs zum Reichsbischof richten.

II. Aus dem katholischen Lager.

=====

"Essener Volkszeitung" Nr. 166 vom 18.6.1933

Veränderungen bei der "Germania".

Berlin, 17. Juni. Die Umwandlung des bisherigen führenden Zentrumsorgans in Berlin, der "Germania", in ein ausgesprochen katholisch-konservatives Blatt im Sinne der politischen Einstellung des Vizekanzlers von Papen wird wie die "Vossische Zeitung" meldet, am 1. Juli erfolgen. Zu diesem Zeitpunkt wird der jetzige Redaktionsleiter Wilhelm Gries durch den Vertrauensmann Papens, Emil Ritter, ersetzt, der schon vor Jahresfrist einmal vorübergehend als Chefredakteur bei der "Germania" tätig war, dann aber, nachdem von Papen bei Übernahme der Kanzlerschaft den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden niedergelegt hatte, wieder ausschied.

Zum Aufsichtsratsvorsitzenden wurde vor einigen Tagen in der Generalversammlung der Germania-Gesellschaft der westfälische Baron von Twickel gewählt, der zugleich Sachwalter für das Aktienpaket des Vizekanzlers von Papen ist, Reichstagsabgeordneter Ersing und der frühere Reichspostminister Giesberts sind aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Abg. Florian Klöckner, der bisherige interemistische Vorsitzende des Aufsichtsrats ist stellvertretender Vorsitzender geworden, hat sich aber, da er nicht in Berlin weilt, über die Annahme dieses Mandats noch nicht geäußert. In die Geschäftsleitung wird der Schriftsteller Dr. Klinkenberg berufen, der früher das Wochenorgan des deutschnationalen Katholikenausschusses herausgab. Die Zentrumsparterie verfügt damit ab 1. Juli nicht mehr über ein Presseorgan in der Reichshauptstadt, so daß man Äußerungen aus Zentrumskreisen, es seien Bestrebungen auf Schaffung eines neuen reichshauptstädtischen Zentrumsblattes vorhanden, durchaus Glauben schenken darf.

Diese Mitteilungen der Voss. Ztg. vom Samstagabend, die wir vorerst auf ihre Wirklichkeit hin noch nicht bis in alle Einzelheiten nachprüfen können, dürften aber doch in der darin zum Ausdruck gekommenen Tendenz mit den Tatsachen wesentlich übereinstimmen. Der genannte Freiherr von Twickel hat die damals von der Preußenkasse der Germania zur Verfügung gestellten 100 000 Mark jetzt als persönliche Aktie übernommen.

Bezüglich der Zusammensetzung der Redaktion dürfte auch im großen und ganzen die Mitteilung der Voss. Ztg. zutreffen. Übrigens ist es bekannt, daß vor kurzem erst noch Dr. Klinkenberg als Chefredakteur genannt worden ist. Zwischen diesem und Professor Spahn besteht außerdem eine sehr enge Freundschaft, und Spahn ist es gewesen, der Klinkenberg zum Chefredakteur vorgeschlagen hatte. Außerdem wird für den neuen Redaktionsstab u.a. noch der Chefredakteur der Neuß-Grevenbroicher Zeitung, Dr. Staab, genannt. Über die Möglichkeiten der Schaffung eines neuen Organs der Zentrumsbewegung in Berlin ist in dieser Zeit noch nichts zu sagen, weil ja auch noch nichts Näheres über das Berliner Organ, die Märkische Volkszeitung, wegen ihres Fortbestehens bekanntgeworden ist, doch nimmt man an, daß Freiherr von Twickel auch dieses Organ im Sinne des Herrn von Papen umschalten wird.

III. Aus den evangelischen Vereinen und Verbänden.

=====

"Kölnische Zeitung" Nr. 326 vom 19. Juni 1933.

a) Auflösung der Jugendbünde?

Schwerin, 18. Juni.

Bei dem großen Aufmarsch der Hitlerjugend und des Jungvolks von Mecklenburg-Lübeck vor dem Schweriner Schloß hielt Reichsstatthalter Hildebrandt, von den 15 000 Jungen und Mädchen mit einem dreifachen Sieg-Heil begrüßt, eine Ansprache.

Es wies darauf hin, daß die Hitlerjugend mit ihrem ganzen Leben nur dem Volk und Vaterland zu dienen habe. Unter tosendem Beifall teilte er dann mit, daß in der kommenden Woche in Mecklenburg-Lübeck alle Jugendbünde aufgelöst und verboten würden.

Auch die sogenannten christlichen Jugendorganisationen hätten nicht das Recht, an jungen deutschen Menschen staatspolitische und sozialpolitische Erziehungsmethoden zu versuchen. Die körperliche Ertüchtigung unserer Jugend und ihrer Erziehung zur Volksgemeinschaft, erklärte der Statthalter, werden wir allein in die Hand nehmen. Darum werden alle Heime und Besitzungen der gesamten Jugendverbände Mecklenburgs und Lübecks der mecklenburgischen Hitler-Jugend zur Verfügung gestellt. Reichsstatthalter schloß mit einem "Sieg-Heil" auf den Reichskanzler und das ganze deutsche Volk. + Hildebrandt

"Rheinische Correspondenz" vom 19. Juni 1933.

b) Die Stellung der Jugendbünde im neuen Staat.

Im Zusammenhang mit der endgültigen Eingliederung der deutschen Jugendverbände in den neuen Staat fand Mitte Juni in Berlin eine Aussprache zwischen dem Führer der Hitlerjugend, von Schirach, und dem Reichswart des Evangelischen Jungmännerwerks, D. Stange, statt. Sie konnte anknüpfen an Vorschläge zur Bildung eines Führerrates, die schon seit längerem in der Presse bekanntgegeben worden sind und jetzt der Entscheidung des Reichskanzlers unterliegen. Übrigens liegt die Bildung dieses Führerrates in der Linie von Anregungen, die D. Stange bereits vor Monaten für eine Neuordnung der reichlich unübersichtlichen Zustände innerhalb der deutschen Jugendbünde an maßgebender Stelle gegeben hat. Im Verlaufe der Aussprache ermächtigte Herr von Schirach Herrn D. Stange unter Anknüpfung an die in der Öffentlichkeit bekanntgewordene "Kampfansage" der Hitlerjugend gegen die "Bünde" ausdrücklich zu der Feststellung, daß damit keinesfalls die großen Verbände des Evangelischen Jungmännerwerks gemeint seien. Eine Fortsetzung der Aussprache wurde ins Auge gefaßt, sobald die unmittelbar bevorstehenden Entscheidungen der Staatsführung gefallen sind.

Mit dieser Meldung dürfte das durch den Reichsstatthalter Hildebrandt angekündigte Vorgehen gegen die christlichen Jugendorganisationen in Mecklenburg die notwendige Korrektur erfahren.

IV. Allgemeine Mitteilungen.

=====

"Frankfurter Zeitung" Nr. 447 vom 18.6.1933

a) Konkursverfahren des Bühnenvolksbundes eingeleitet.

Berlin, 17. Juni. Wie die Pressestelle des Reichsverbandes "Deutsche Bühne" mitteilt, ist auf Antrag verschiedener Gläubiger gegen die Reichsgeschäftsstelle des Bühnenvolksbundes das Konkursverfahren eröffnet und gleichzeitig vom zuständigen Gericht eine Brief- und Telegrammsperre verhängt worden. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß Staatskommissar Hinkel in Anbetracht der verschiedenen Mißstände bei dem B.V.B. den ihm seinerzeit übertragenen Posten niederlegte. Gegen die bisherigen Reichsgeschäftsführer ist inzwischen Strafantrag gestellt worden.